

## A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Joachim Streit (FREIE WÄHLER)  
– Drucksache 18/4328 –

### Testversuche System Monocam auf rheinland-pfälzischen Straßen

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/4328** – vom 29. September 2022 hat folgenden Wortlaut:

In einem 46-tägigen Testversuch in der Region Trier und jetzt seit kurzem auch in der Region Mainz wird das Testsystem „Monocam“ eingesetzt. Nach einer Pressemitteilung im Trierischen Volksfreund vom 27. September 2022 hat das Innenministerium trotz mehrfacher Anfrage keine Informationen zum Testverlauf, zur Anzahl der festgestellten Verstöße „Handynutzung am Steuer“ und zur weiteren Verwendung der ermittelten Daten veröffentlicht.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Verstöße wurden in der Region Trier im Testzeitraum festgestellt?
2. Gab es aufgrund der festgestellten Verstöße gegen das Handy-Verbot am Steuer auch Bußgeldverfahren und wenn ja, wie viele?
3. Warum wurden trotz Anfrage der Presse die Daten des Pilotprojekts hinsichtlich Anzahl der festgestellten Verstöße und der bußgeldbewehrten Bescheide nicht an die Presse mitgeteilt?
4. Inwieweit hat die Landesregierung vor dem Start des Pilotprojekts die rechtlichen Belange einer möglichen Verwendung von Daten geprüft mit ggf. welchem Ergebnis?
5. Inwieweit war der rheinland-pfälzische Datenschutzbeauftragte in das Pilotprojekt involviert?
6. Muss zu einer Umsetzung und Nutzung des Systems Monocam nach der Pilotphase eine rechtliche Grundlage geschaffen werden und wenn ja, welche?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

18/4519  
20-10-2022



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM DES INNERN  
UND FÜR SPORT

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des  
Landtags Rheinland-Pfalz  
Herrn Hendrik Hering  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
Poststelle@mdi.rlp.de  
www.mdi.rlp.de

20. Oktober 2022

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Joachim Streit (FREIE WÄHLER)  
betr. „Testversuche System Monocam auf rheinland-pfälzischen Straßen“  
- Drucksache 18/4328 -

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Es wurden mit Stand vom 31. August 2022 327 Ablenkungsverstöße festgestellt und somit 327 Bußgeldverfahren eingeleitet.

Zu Frage 3:

Die Erprobungsphase der MONOcam erstreckt sich auf sechs Monate und umfasst Kontrollörtlichkeiten auf Bundesautobahnen im Bereich der Polizeipräsidien Trier und Mainz. Erst nach Abschluss der Erprobungsphase kann unter Einbeziehung aller bis dahin gewonnenen Erkenntnisse eine aussagekräftige Gesamtbewertung des Pilotprojekts erfolgen und veröffentlicht werden. Unabhängig davon ist auch für den seit dem 1. September 2022 stattfindenden Pilotbetrieb im Polizeipräsidium Mainz eine fortlaufende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Funktionsweise der MONOcam vorgesehen.



Zu den Fragen 4, 5 und 6:

Derartigen Vorhaben ist eine intensive theoretische Befassung mit den rechtlichen, organisationalen, personellen, logistischen, finanziellen und technischen Rahmenbedingungen vorgeschaltet.

Vor diesem Hintergrund wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen für ein Pilotprojekt im Vorfeld zur praktischen Erprobung zwischen Verantwortlichen des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationssicherheit, des Ministeriums der Justiz sowie des Ministeriums des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz erörtert. Im Ergebnis wurde die Durchführung eines Pilotprojekts auf Basis der Datenerhebungsgeneralklausel des § 29 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 POG grundsätzlich für möglich erachtet. Voraussetzung hierfür war jedoch, dass die Maßnahme als „offene Maßnahme“ ausgestaltet und durch das ergänzende Aufstellen eines Hinweisschildes auf die Kontrollmaßnahme hingewiesen wird.

Nach Abschluss der sechsmonatigen Projektphase erfolgt eine Evaluation der Ergebnisse. Erst dann kann über eine dauerhafte Umsetzung entschieden werden.

In Vertretung

  
Nicole Steingaß  
Staatssekretärin